

## Ausgleichswünsche.

Die österreichischen Industriellenverbände haben in einer gemeinsamen Kundgebung zu der bevorstehenden Erneuerung des Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn Stellung genommen. Daß die Ausgleichsverhandlungen diesmal — wo sich gleichzeitig ein ungeheures Völkerringen abspielt — nicht den lauten kritischen Stimmenchor wecken, der sie sonst zu begleiten pflegte, ist eine selbstverständliche Sache. Aber bei aller Zurückhaltung, die der Ernst der Zeitereignisse gebietet, war es doch richtig und wohlgetan, daß die österreichische Industrie sich zum Worte meldete, und daß sie mit einer durch ihre Kriegseleistungen verstärkten wirtschaftlichen Autorität Wünsche und Forderungen aussprach, die den Interessen der großen Volksmehrheit in Oesterreich durchaus entsprechen. An der Spitze dieser Forderungen steht die nach der Langfristigkeit des zu schließenden neuen Ausgleichsvertrages. Ist auch der öffentlichen Meinung bisher wenig Gelegenheit geboten worden, sich in Ausgleichsfragen zu äußern, so steht es doch außer Zweifel, daß alle österreichischen Wirtschaftskreise, was diesen Punkt, die Langfristigkeit, betrifft, eines Sinnes sind. Es wäre auch schwer verständlich, wenn diese Anschauung etwa

von ungarischer Seite nicht in vollem Maße geteilt würde. Denn der Krieg, abgesehen von seiner noch unbestimmbaren Dauer, wird jedenfalls auch nach seiner Beendigung Störungen des europäischen Wirtschaftslebens hinterlassen, die noch geraume Zeit anhalten dürften. Bei solcher Unsicherheit ist es doch das Mindeste, was wir für uns selbst tun können, daß wir wenigstens in unserem eigenen doppelstaatlichen Wirtschaftsgebiet eine Ordnung schaffen, auf deren gesicherten Bestand wir für einen längeren Zeitraum rechnen können. Die ungarische Volkswirtschaft wird nach den Erschütterungen des Krieges einer solchen festen Rechnungsbasis ebenso wenig wie die österreichische entbehren können. Für beide Reichshälften wird ein langfristiger Vertrags- und Ruhezustand von gleichem Vorteil sein.

Die Kundgebung der Industriellen beschäftigt sich in einigen grundsätzlichen Andeutungen auch mit den Fragen der Zollpolitik. Es leuchtet wohl von selbst ein, daß wir angesichts der Ungewißheit, die über die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen den europäischen Staatengruppen herrscht, die bewährten Grundlagen unserer Handels- und Verkehrsgemeinschaft mit Ungarn und unseres kommerziellen und gewerblichen Systems überhaupt nicht in Frage stellen lassen können. Soweit also die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn sich auf dem festen Boden der Erfahrung bewegen, kann diesmal wohl weniger als je vor einschneidenden Systemänderungen die Rede sein. Soweit wir aber vor neuen Fragen stehen, die erst durch den Ausgang des Krieges und durch neue Auslandsverträge entschieden werden können, wird man sich mit gewissen vorbereitenden Vereinbarungen begnügen müssen, um später für alle Eventualitäten wirtschaftlich gerüstet zu sein. In einem Punkte allerdings kann jetzt schon gesagt werden, daß unbedingt eine neue Bahn eingeschlagen werden muß — nämlich: was die agrarische Seite unserer Zollpolitik anlangt. Eine der wichtigsten Errungenschaften des Krieges, der freie Handelsweg, den wir uns nach der Balkanrichtung erkämpft haben, würde sinnlos werden, wenn wir uns durch unsere eigene Zollpolitik diesen Weg wieder verammeln wollten. Zum Glück werden auch die engeren agrarischen Interessen, wenn richtig

verstanden, eine solche Abschließungspolitik gar nicht mehr erfordern, sobald die Getreuen Hohenblums Wiene machen, sich darauf neuerdings zu steifen. Der Krieg hat doch bekanntlich unserer Landwirtschaft, im Gegensatz zu anderen hart getroffenen Volksschichten, große Gewinne gebracht, und diese landwirtschaftliche Konjunktur wird sich nach dem Kriege noch stark und nachhaltig steigern, da in ganz Europa nach völliger Aufzehrung der Getreidereserven und Vichtung der Viehbestände eine ungeheure Nachfrage nach Agrarprodukten jeder Gattung entbrennen wird. Die agrarische Hochkonjunktur wird also noch lange andauern, und es wird dabei eine dringende Aufgabe aller Staatsverwaltungen sein, den Nahrungsmittelbedarf der konsumierenden Massen wieder auf ein halbwegs erträgliches Preisniveau zu bringen. Auch in diesem Punkte entspricht die Kundgebung der Industriellen nur den Bedürfnissen der Allgemeinheit.